

Etatrede

der Vorsitzenden der Fraktion
Bündnis 90/ Die Grünen
im Rat der Stadt Essen

Hiltrud Schmutzler-Jäger
zum Haushalt der Stadt Essen

am 26. November 2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen,
sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer im Livestream der Stadt Essen

seit der letzten Doppelhaushaltsverabschiedung im November 2019 haben sich viele Dinge und Selbstverständlichkeiten für alle Bürger*innen der Stadt – damit natürlich auch für die Politik- verändert.

Denn die fast 2 Jahre andauernde Corona-Pandemie hat uns bis heute fest im Griff und uns in eine komplett veränderte Lebenswirklichkeit und bisher unbekannte Existenzängste geführt.

Und auch die Flutkatastrophe im Juli dieses Jahres hat uns vor Augen geführt, dass wir unsere Stadt dringend krisenfester machen müssen, damit wir in Zukunft gut auf Umwelt- und Klimakatastrophen oder weitere pandemische Vorfälle vorbereitet sind.

An dieser Stelle möchte ich aber auch erwähnen, dass die Verwaltung während der Corona Pandemie allein bei der Organisation des Impfzentrums in der Messe, der Organisation der dezentralen, mobilen Impfteams, bis zur Kontaktverfolgung von Corona-Infizierten viel geleistet hat.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle – sicherlich nicht nur im Namen der Grünen Fraktion – meinen/unseren Dank an den kompletten Verwaltungsvorstand und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt zum Ausdruck bringen.

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

trotz der noch immer anhaltenden Corona-Pandemie müssen wir jetzt die ebenfalls dringend anstehenden Themen angehen:

Um es zu konkretisieren:

Es geht insbesondere um wirksame Maßnahmen, die den Klimawandel aufhalten, um Maßnahmen, die eine echte Verkehrs- und Energiewende voranbringen, und es geht um die Digitalisierung als zentrale Herausforderung für die Verwaltung und auch für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Diese Themen stehen nicht nur seit Jahren oben auf der Agenda, sondern entscheiden auch über die Zukunft, über den Wohlstand und die Lebensperspektiven zukünftiger Generationen.

Und!

Nachdem die GroKo in den letzten 6 Jahren die gerade genannten Herausforderungen – und dabei insbesondere die Verkehrswende - nicht wirklich oder nur mit spitzen Fingern angepackt hat, werden wir nun gemeinsam mit der CDU durch unsere Haushaltsanträge den richtigen Rahmen dafür setzen, dass Essen nicht unter seinen Möglichkeiten bleibt.

liebe Kolleginnen und Kollegen,

klar ist aber auch: Die Stadt Essen wird die notwendigen Veränderungen nicht alleine, sondern nur mit finanzieller Hilfe durch das Land NRW und den Bund stemmen können.

Von der neuen Bundesregierung und demnächst auch neuen Landesregierung erwarten wir deshalb nicht nur neue Schwerpunktsetzungen bei Themen wie der Mobilitätswende, dem Klima- und Umweltschutz, sondern setzen auch darauf, dass sie endlich das Problem der kommunalen Altschulden angehen und – wie auch Oberbürgermeister Thomas Kufen als Städtetags-Vize fordert – ebenso einen Schuldenschnitt der Städte für die hohen Mehrausgaben der Corona-Pandemie möglich machen.

Zumal Essen grundsätzlich seine Hausaufgaben erledigt hat.

Denn im letzten Jahr hat die Stadt Essen zum ersten Mal nach über 25 Jahren wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt, ist bilanziell mittlerweile nicht mehr überschuldet und unterliegt auch nicht mehr der strikten Haushaltsaufsicht der Bezirksregierung.

Und auch für 2022 liegt wieder ein ausgeglichener Haushalt mit einem kleinen Plus von etwas mehr als 10 Mio. Euro vor.

Das sollte allerdings kein Grund für allzu große Euphorie und Ausgabelaune sein, denn klar ist auch, dass wir dieses Ergebnis auch den von Bund und Land an die Stadt Essen geflossenen Mitteln zu verdanken haben.

Denn ohne die insgesamt 548 Mio. Euro an Stärkungspaktmitteln, der dauerhaften Anhebung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft in Höhe von rund 54 Mio. Euro und der im letzten Jahr geleisteten Gewerbesteuer ausgleichszahlung von Bund und Land in Höhe von rund 121 Mio. Euro würde unser Haushalt heute anders aussehen.

Zumal auch die Isolierung der coronabedingten Haushaltsbelastungen erstmal nur eine auf Zeit bezogene Entlastung darstellt, die die zusätzliche Altschuldenlast von morgen sein wird.

Das macht sehr deutlich, dass wir den mittlerweile wieder gewonnenen finanziellen Spielraum nicht zum Anlass nehmen dürfen, den Kurs einer sparsamen und insbesondere noch mehr auf Nachhaltigkeit achtenden Haushaltspolitik verlassen dürfen.

liebe Kolleginnen und Kollegen

nicht nur die Corona-Pandemie hat uns vor Augen geführt, wie wichtig ein öffentlicher Gesundheitsdienst ist.

Deshalb sind wir froh, dass das Gesundheitsamt nun dank finanzieller Unterstützung des Bundes eine deutliche personelle Aufstockung erfährt.

Bedauerlicherweise sind ausgerechnet während der Corona-Pandemie die beiden Krankenhäuser – das Marienhospital in Altenessen und das St. Vincenz in Stoppenberg - durch die Contilia-Gruppe geschlossen worden.

Das hat nicht nur die Bürger*innen im Essener Norden entrüstet.

Auch die gesamte Politik in Essen wurde hier vor vollendete Tatsachen gestellt.

Bei der Frage, wie es nun mit der Gesundheitsversorgung im Essener Norden weitergehen kann, haben sich dann – gerade vor der Kommunalwahl – die Geister geschieden und hat die Politik insgesamt kein gutes Bild abgegeben, da sie sich anstatt um gemeinsame Lösungen zu ringen eher auf gegenseitige Vorwürfe „wer nun die Interessen der Menschen im Essener Norden wirklich vertritt und wer nicht“ versteift hat.

Das hat der Politik nicht gutgetan und die Menschen im Essener Norden noch mehr verunsichert.

Wir aber sind mittlerweile weiter, denn mit Blick auf die unabwendbare Schließung der beiden Krankenhäuser haben die Ratsfraktionen der Grünen und der CDU stattdessen frühzeitig die Initiative ergriffen und ein neues Konzept zur Stärkung der Gesundheitsversorgung im Essener Norden eingefordert.

Der daraus folgende gemeinsam mit der CDU gestellte Ratsantrag im März dieses Jahres - dem später im Rat auch die SPD-Fraktion beigetreten ist – hat den Erhalt der beiden Standorte Marienhospital und St. Vincenz für eine ganzheitliche Gesundheitsversorgung und den Ausbau von Präventionsangeboten gefordert.

Neun Monate nach der Verabschiedung dieses Ratsantrages können wir nun erfreut feststellen, dass immerhin ein Großteil unserer Forderungen in Planung ist oder bereits erfüllt wurde.

So stellt die Stadt nun zur Finanzierung von zwei Gesundheitskiosken im Essener Norden jährlich 500.000 Euro zur Verfügung und ermöglicht Ratsuchenden dadurch, sich künftig in allen Gesundheitsfragen niederschwellig und umfassend beraten zu lassen.

Inzwischen bestehen außerdem zumindest gute Aussichten zum Erhalt der beiden Standorte für die Gesundheitsversorgung.

Denn in Altenessen will Contilia jetzt 20 Mio. Euro investieren und zukünftig zusammen mit anderen Partnern - wie dem Essener Universitätsklinikum sowie einer psychiatrischen Fachklinik aus Bottrop - neue, auf die Bedürfnisse der Bevölkerung im Essener Norden abgestimmte Angebote der Prävention, der medizinischen Diagnostik und der Rehabilitation anbieten.

Und auch über die neue Konzeption des Gesundheitsstandortes Stoppenberg werden wir in der kommenden Ratssitzung – hoffentlich konstruktiv und zum Wohle der Bürger*innen aus dem Essener Norden -diskutieren.

liebe Kolleginnen und Kollegen,

uns liegt nicht nur eine möglichst umfassende Gesundheitsversorgung, sondern auch die Verbesserung der gesamten Lebensumstände der Menschen im Essener Norden sehr am Herzen.

Und trotz der Tatsache, dass sicherlich noch mehr im Norden – aber übrigens auch im Westen und Osten der Stadt – getan werden könnte, bleibt aber festzuhalten, dass zurzeit gerade im Essener Norden auch wichtige, Impulsgebende Entwicklungen stattfinden.

So ist beispielsweise die Eröffnung der Junior-Universität am Standort des soziokulturellen Zentrums Zeche Carl ein großartiges, zusätzliches Bildungsangebot für Kinder und Jugendliche des Essener Nordens, das sehr gut angenommen wird, was die große Nachfrage nach den Kursen schon jetzt zeigt.

Aus diesem Grunde gilt es nun im zweiten Schritt jetzt nicht zu viel Zeit zu verlieren und die Prüfung der künftigen Nutzungspotentiale der Grubenschreinerei für die Etablierung der Stadtteilbibliothek auf dem Areal vorzunehmen und zeitgleich die Prüfung der Raumkapazitäten im Malakow-Turm für die Junior-Uni anzugehen.

liebe Kolleginnen und Kollegen,

bleiben wir im Essener Norden bzw. nördlich der A 40 und nähern uns dem Thema der Bildung!

Von der wir wissen, dass sie über den Lebensweg, die Zukunft und den Wohlstand eines Menschen entscheidet!

Und hier gibt es sicherlich noch vieles zu tun!

Denn auch in Essen lässt sich leider das Bildungsgefälle immer noch räumlich deutlich abzeichnen.

Daher ist es die dringlichste Aufgabe der Politik, das Bildungsgefälle zwischen den Stadtteilen auf den verschiedensten Ebenen aufzulösen.

Ein erster, wichtiger Schritt dahin ist sicherlich, dass wir gerade in den Stadtteilen mit besonderen Problemlagen Schulen mit den höchsten Standards

neu bauen oder modernisieren müssen.

Hier hat die Stadt mit dem Neubau der gerade eröffneten Gustav-Heinemann-Gesamtschule einen ersten Meilenstein gesetzt.

Denn das Gebäude der Gesamtschule erfüllt nicht nur eine Vorbildfunktion mit Blick auf seine umweltgerechte Bauweise, sondern verfügt auch über ein nach den neuesten pädagogischen Anforderungen angelegtes Raumprogramm.

Und in den dringend benötigten Neubau der Gesamtschule Bockmühle in Altendorf wird die Stadt in den nächsten Jahren 87 Millionen Euro. investieren.

Das ist eine gute Entscheidung und mehr als gut investiertes Geld!

Denn viele hier können sich sicherlich noch gut daran erinnern, dass gerade die Gesamtschule Bockmühle aufgrund ihres desaströsen baulichen Zustands schon vor mehr als 5 Jahren durch die Medien ging.

Mehr als nur versöhnlich stimmt jetzt aber die Tatsache, dass der Stadtteil Altendorf nun einen ökologisch vorbildlichen Schul-Campus erhält, der auch ein neues Stadtteilzentrum als Treffpunkt für Altendorfer Bürgerinnen und Bürger bieten wird.

Unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit möchten wir uns an dieser Stelle auch nochmal besonders bei der Bezirksbürgermeisterin Doris Eisenmenger bedanken, die die Idee einer Stadtteilschule mit Campus-Charakter im Zusammenspiel mit dem Altendorfer Bürgerverein mit großer Hartnäckigkeit vorangetrieben hat.

Da wir – wie es die SPD früher noch gerne formuliert hat – nicht nur in Steine, sondern in Köpfe investieren müssen, brauchen wir neben neuen pädagogischen Förderkonzepten ebenso pädagogisch geschulte Kräfte, die die Kinder und Jugendlichen bei Problemen unterstützen.

Deshalb beantragen wir in unserem mit der CDU gestellten Haushaltsantrag auch im ersten Schritt 2 zusätzliche Stellen für die Schulsozialarbeit.

liebe Kolleginnen und Kollegen,

einen besonderen Schwerpunkt setzen die Ratsfraktionen von Grünen und CDU auch im sozialen Bereich.

Aus diesem Grund wollen wir auch mit immerhin insgesamt rund 600.000 Euro die Erziehungsberatung, die Kriminalprävention und das erfolgreiche Quartiershausmeister*innen-Konzept der freien Wohlfahrtsverbände noch mit zusätzlichen Mitteln stärken.

Zwei zusätzliche Personalstellen sollen der Weiterentwicklung der Streetwork-Arbeit zur Verfügung gestellt werden, damit Menschen mit speziellen Problemlagen direkte Unterstützung an den Szenetreffpunkten erhalten.

Auch der auf Initiative der Grünen und der CDU einzurichtende „kriminalpräventive Rat“ soll durch eine zusätzliche Stelle und entsprechende Sachmittel wiederbelebt werden, um die Zusammenarbeit von Sicherheits- und Sozialbehörden, Ratsgremien und Zivilgesellschaft zu verbessern.

Last but not least wollen wir die wichtige Arbeit der Frauenberatungsstelle Distel und des Frauenhauses in Essen mit einer Erhöhung des Zuschusses um 45.000 Euro bei ihrer Arbeit unterstützen.

Zumal gerade die Pandemie leider dazu geführt hat, dass die häusliche Gewalt gegenüber Frauen und auch deren Kinder deutlich angestiegen ist und wohl auch weiter ansteigen wird. Hier werden wir zum nächsten Doppelhaushalt wahrscheinlich noch mal mit zusätzlichen Mitteln nachsteuern müssen.

Ein weiterer Schwerpunkt unseres Haushaltsantrages ist eine bessere gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung.

So soll der Förderplan „Essen inklusiv“ ausgeweitet werden, um insbesondere den Fokus auf das barrierefreie Bauen, die barrierefreie Mobilität und auch die Inklusion bei Bildung, Freizeit und Arbeiten voranzubringen.

Dazu gehört auch, dass wir den Zuschuss für die Arbeitsgemeinschaft „Selbsthilfe behinderter Menschen in Essen“ und das Essener Forum Billebrinkhöhe als einzigartiges Zentrum für inklusive Kultur erhöhen wollen.

liebe Kolleginnen und Kollegen,

neben den kleinen Unternehmen und Selbstständigen hat insbesondere die freie Kunst- und Kulturszene unter der Corona-Pandemie sehr gelitten und wird jetzt durch derzeit über 2.000 Corona-Infizierte in Essen noch einmal besonders herausgefordert.

Deshalb halten wir es auch für notwendig, die Fortsetzung, des Corona Sonderfonds Kultur zu beantragen.

Denn gerade im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft sehen wir auch einen zukünftigen Beschäftigungsmotor und wichtigen Faktor zur Belebung der Innenstadt.

Um diesem Anspruch einer umfassenden Innenstadtentwicklung gerecht zu werden, beantragen wir eine zusätzliche Personalstelle bei der Stabsstelle „Kompetenzteam Kultur- und Kreativwirtschaft“.

Nachdem wir als Grüne gemeinsam mit der CDU die Fortschreibung des Innenstadtentwicklungskonzepts ja bereits im März dieses Jahres mit einem Ratsantrag auf den Weg gebracht haben, wollen wir zusätzlich – wenn möglich im Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters - eine neue Personalstelle schaffen, bei der die vielen, bereits existierenden Konzepte zur Innenstadt zusammengeführt werden, um dann gezielt mit den weiteren Akteur*innen endlich eine Umsetzungsstrategie für den Rat zu erarbeiten.

Dabei kann im Übrigen auch die geplante, neue Stadtbibliothek in zentraler Lage ein Impulsgeber sein, wenn hier – wie auch bei der Gesamtschule Bockmühle – ein Konzept entwickelt wird, dass weit über die üblichen Standardnutzungen einer Bibliothek hinausgeht.

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

damit die Personalgewinnung und die Digitalisierung zukünftig einen höheren Stellenwert bekommt und effektiv vorangetrieben werden kann, haben wir der Einrichtung eines neuen Dezernats mit den Schwerpunkten Digitalisierung und Personal zugestimmt.

Allein um die in dem heute zu verabschiedenden Stellenplan 2022 und im Haushaltsantrag von Grünen und CDU aufgeführten Stellen mit qualifiziertem Personal zu besetzen, brauchen wir auch dringend neue Konzepte für die Gewinnung und damit einhergehend natürlich auch für das Halten von qualifizierten Fach- und Nachwuchskräften.

Hier erwarten wir von der neuen Dezernentin oder dem neuen Dezernenten Konzepte, die die Stadtverwaltung zu einem attraktiven, modernen und diversen Arbeitgeber weiterentwickelt, so dass sich die Essener Stadtverwaltung zukünftig in vielerlei Hinsicht von anderen Wettbewerber*innen im Arbeitsmarkt positiv abhebt.

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die Folgen einer Klimaveränderung sind eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung und Aufgabe, die wir auch in unserer Stadt jetzt beherzt und mit mehr Tempo aufnehmen müssen.

Daher wollen wir jetzt mit dem Haushaltsjahr 2022 den bis dato eher still gelegten Klima- und Nachhaltigkeitsmotor anwerfen und mit dem entsprechenden Personal unterfüttern.

Denn die zentrale Herausforderung unserer Zeit, – nämlich die Einhaltung des 1,5-Grad-Klimaziels von Paris - gilt es jetzt auch in Essen schnellst möglich umzusetzen!

Dabei möchte ich hier noch mal ausdrücklich betonen, dass es keine rein „grüne“ Klimapolitik gibt!

Denn das Klima und die Umwelt scheren sich nicht um Parteifarben, was sich auch darin widerspiegelt, dass der Rat im Juli 2019 mit breiter Mehrheit die Stadtverwaltung beauftragt hat, den Aktionsplan für nachhaltige Energie und Klima - kurz „SECAP“ genannt - zu erarbeiten.

Der Aktionsplan für nachhaltige Energie und Klima soll dabei als gesamtstädtisches Konzept das strategische Vorgehen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel beschreiben und uns dazu konkrete Umsetzungsmaßnahmen empfehlen.

Das ist mittlerweile passiert!

Denn seit kurzem liegt der Politik eine Vorschlagsliste mit insgesamt 10 Sofortmaßnahmen vor, deren Umsetzung sich nicht nur durch eine hohe Klimawirksamkeit auszeichnet, sondern auch dadurch, dass sie zeitnah umgesetzt werden können.

Weil für die Umsetzung dieser Maßnahmen im Haushalt noch das dafür notwendige Personal und die entsprechenden Sachmittel fehlen, beantragen wir im ersten Schritt für die zügige Umsetzung der ersten Maßnahmen zusätzlich 7 neue Stellen.

liebe Kolleginnen und Kollegen,

dass wir für den Klima- und Umweltschutz zusätzlich rund 1 Mio. Euro im Haushalt beantragen, zeigt, dass wir hier mit hoher Priorität unseren Schwerpunkt gelegt haben.

Wohlwissend, dass wir hier zum nächsten Doppelhaushalt mit weiteren zusätzlichen Geldern diese Maßnahmen fortsetzen und weiterentwickeln wollen.

Entscheidende Projekte, die wir damit finanzieren:

Ist die Energie- und Fördermittelberatung von Privatpersonen und Unternehmen.

Denn mit den zahlreichen Förderprogrammen der Europäischen Union, dem Bund und dem Land steht uns Geld für eine große Investitionsoffensive in Sachen Klimaschutz bereit, von der die örtliche Wirtschaft und auch die Stadtgesellschaft profitieren können.

Die energetische Sanierung städtischer Immobilien,

Da die energetische Sanierungsquote der städtischen Immobilienwirtschaft

derzeit noch bei lediglich 0,8 Prozent im Jahr liegt, beantragen wir Mittel zur Erstellung eines konkreten Sanierungsfahrplans unserer Immobilien.

das Klimaanpassungskonzept

Die Flutkatastrophe im Juli hat nicht nur dramatische Folgen gehabt,

sie hat uns auch verdeutlicht, dass die Stadt sich im Sinne eines Vorsorge- und Risikomanagements krisenfest machen muss.

Und dafür bedarf es eines Klimaanpassungskonzeptes.

Um diesen wichtigen Baustein gegen weitere Umweltkatastrophen möglichst bald auf den Weg zu bringen, beantragen wir für das Umweltamt 1 zusätzliche Personalstelle und weitere Sachmittel.

Aber auch die Solarenergienutzung wird in Essen einen großen Schub nach vorne bekommen!

Denn erstmals steht im Haushaltsplanentwurf der Stadt Essen mit 500.000 Euro für 2022 ein eigenes Programm zur Förderung von Photovoltaik- und Solarenergieanlagen zur Verfügung.

Diese Solaroffensive unterstützen wir nochmal mit Sachkosten und einer Stelle für die Mitmachkampagne „Essen klimaneutral“, um auch hier die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen.

Neben Mitmachkampagnen für die Essener Bevölkerung ist es natürlich auch wichtig, dass die Stadt Essen und ihre Beteiligungen beim Klimaschutz beispielhaft voran gehen.

Das genau macht der Allbau vorbildlich.

Wir können sehr froh darüber sein, dass wir mit der Wohnungsgesellschaft Allbau eine städtische Tochter haben, die einen konkreten Klimaschutzpfad zur Erreichung der Klimaneutralität entwickelt hat.

Immerhin lag die energetische Sanierungsquote des Allbau, als Essens größter Wohnungsanbieter mit 18.000 Wohnungen in den letzten Jahren bei 3 Prozent, die der Allbau in den nächsten Jahren bis 2026 noch mit einer halben Milliarde Euro weiter steigern will.

Deshalb müssen wir auch in Zukunft darauf achten, dass wir die Eigenkapitalquote des Allbaus weiter stärken.

Nicht nur der Allbau investiert in den nächsten Jahren massiv in den Klimaschutz, auch die städtische Immobilienwirtschaft plant zahlreiche millionen-schwere Projekte, die auch der Energieeinsparung dienen.

liebe Kolleginnen und Kollegen;

der wirklich entscheidende Faktor zur Erreichung einer Klimaneutralität im Gebäudebereich aber liegt in einer „Dekarbonisierung der Fernwärme“ und einer intensiven Nutzung von Umweltwärme bei zukünftigen Projekten.

Denn ohne eine Dekarbonisierung der Fernwärme werden wir das Ziel der Klimaneutralität nicht erreichen können.

Darum müssen sich auch die Essener Stadtwerke noch mehr anstrengen, den erneuerbaren Anteil der Fernwärmeerzeugung sowie die Nutzung von Umweltwärme kontinuierlich zu steigern.

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

kommen wir zu einem der beliebtesten Streitthemen der Essener Politik:

Der Verkehrspolitik!

In den letzten Jahren zeichneten sich die verkehrspolitischen Debatten leider eher durch Lippenbekenntnisse zur Verkehrswende aus.

Und gehandelt wurde oft nur durch Druck von außen - wie z. B. über die Umwelthilfe – und der Angst vor Fahrverboten.

Diese Halbherzigkeit hat - wie am Beispiel der Umweltpur an der Schützenbahn deutlich wird - im Endeffekt dann auch nur Umweltpürchen geboren.

Jetzt, nach Jahren des mobilitätspolitischen Stillstandes geht die Stadt nun mit viel Geld und Personal das Grüne Hauptstadt-Ziel eines Modal-Splits von „4-mal 25 %“ an.

Die 28 neuen Personalstellen für die Planung und die Umsetzung der Radinfrastruktur und jährlich 17 Mio. Euro Investitionsmittel in den Radverkehr machen deutlich, dass in den nächsten Jahren so viel wie nie zuvor in den Ausbau des Radverkehrs gesteckt wird.

Dazu kommt, dass sich im Vergleich zum ÖPNV im Radverkehr auch mit verhältnismäßig wenigen Mitteln sehr viel erreichen lässt.

Das haben uns andere Städte – wie z. B. die Autostadt Paris, wo der Radverkehrsanteil in nur 10 Jahren von 3% auf 24% gesteigert werden konnte – vorgemacht.

Zur Förderung des Radverkehrs gehört natürlich auch, dass das Fahrrad ganzjährig genutzt werden kann.

Daher beantragen CDU und Grüne zusätzliche 500.000 Euro für den Winterdienst an Radwegen und zudem zusätzlich 50.000 Euro für ein städtisches Förderprogramm zur Anschaffung von Lastenrädern.

Von dieser beachtlichen Investitionsoffensive in den Radverkehr gewinnt dabei für den Modal-Split auch der Fußverkehr.

Denn beim Radwegeausbau wird konsequent auf eine Trennung von Fuß- und Radwegen geachtet.

Gerade die Evaluation zur Fahrradstraße auf der Rütterscheider Straße hat uns gezeigt, dass in Fahrradstraßen die Aufenthalts- und Fortbewegungsqualität für Fußgängerinnen und Fußgänger deutlich steigt.

Deshalb liebe Kolleginnen und Kollegen,

sollten wir jetzt die Chance nutzen, bei der Förderung des Radverkehrs nicht mehr zu kleckern, sondern stattdessen zu klotzen, um es sprachlich zu vereinfachen.

Und dabei im Blick behalten, dass es selbst bei einem wegfallenden Parkplatz auf der anderen Seite für die Fußgänger*innen und Radfahrenden einen Mobilitätsgewinn gibt.

Aber auch der ÖPNV wird in den nächsten Jahren bis 2025 durch Investitionen in Höhe von immerhin 130 Mio. Euro für die Anschaffung neuer Stadtbahnfahrzeuge gestärkt.

Einen wirklichen Qualitätssprung bietet allerdings die Fertigstellung der Bahnhofstangente im Jahr 2025, durch die wir eine deutliche verkehrliche Optimierung und städtebauliche Aufwertung des Hauptbahnhofvorplatzes und der Hache- und Hollestraße erwarten.

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ich komme zum Schluss.

Der Haushaltsantrag von Grünen und CDU ist mit einem Volumen von rund 6 Millionen Euro gemessen am Gesamtetat und der Gesamtverschuldung durchaus maßvoll und konzentriert sich dabei auf die entscheidenden Zukunftsthemen.

Dabei ist uns klar, dass wir hier mit einem sehr ambitionierten Ziel in das Haushaltsjahr 2022 gehen und gleichzeitig noch Versäumnisse der letzten 6 Jahre aufarbeiten müssen.

Insofern wird sich unsere Fokussierung auf die zentralen Themen für die Zukunftssicherung unserer Stadt auch im kommenden Doppelhaushalt und der weiteren politischen Arbeit konsequent fortsetzen.

Dabei haben auch die Bürgerinnen und Bürger der Stadt nicht nur große Erwartungen, was die Zukunftssicherung unserer Stadt betrifft, sondern sie wollen und sollen mit den verschiedensten und hoffentlich auch neuen Beteiligungsformaten mitgestalten, denn nur dann wird es uns gelingen, in eine klimaneutrale und soziale Zukunft durchzustarten!

Diesen Weg können und sollten wir - auch in der Politik - gemeinsam gehen!

Zumal wir viele Beschlüsse – wie zum Aktionsplan für nachhaltige Energie und Klima und den Beitritt zum RadEntscheid – ja mit großer politischer Mehrheit getroffen haben.

Denn lang genug hat die Politik sich bei wichtigen Fragen in ihren politischen tradierten Argumentations- und Entscheidungsmustern im Klein, Klein verhakt.

Und das können wir uns für die Zukunft nicht mehr erlauben.

Doch wie George Bernard Shaw schon bemerkt hat "... ist die Tradition eine Laterne. Der Dumme hält sich an ihr fest, dem Klugen leuchtet sie den Weg"

In diesem Sinne wünsche ich uns, dass wir diesen beleuchteten Weg zum Wohle unserer liebenswerten Stadt bei den Zukunftsthemen gemeinsam gehen!

Abschließend möchte ich mich bei unserem Oberbürgermeister Thomas Kufen, dem Kämmerer Gerhard Grabenkamp, den Beigeordneten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihre Arbeit und das große Engagement bei der Erstellung dieses Haushaltsplanentwurfs bedanken.

Bedanken möchte ich mich auch bei der eigenen grünen Fraktion, für ihr großes Engagement bei den Haushaltsberatungen und bei unseren Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion und auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der beiden Geschäftsstellen.

Danke für Ihre/Eure Aufmerksamkeit!